

Meinungen

Kommentar

Rösti bietet der SRG eine Chance

Der Bundesrat reduziert die TV-Gebühren. Das ist kein Problem, wenn die SRG ihren Wildwuchs im Internet beendet.

Jetzt kommt es also, wie es offenbar kommen musste: Der Bundesrat reduziert die obligatorische Gebühr fürs SRG-Angebot bis ins Jahr 2029 schrittweise von 335 auf 300 Franken.

Der Bundesrat will mit seiner Gebührenreduktion, die ohne Stellenabbau bei SRF nicht umzusetzen ist, Schlimmeres verhindern: die Halbierungsinitiative, welche die Gebühren auf 200 Franken reduzieren würde und einen Kahlschlag im SRF-Angebot zur Folge hätte.

Die bundesrätliche Gebührenreduktion ist vor allem als Defensivmanöver zu verstehen: Offenbar attestiert der Bundesrat der Halbierungsinitiative Erfolgchancen. Und die SRG konnte offenbar nicht vermitteln, worin der Wert des Service-public-Angebots besteht.

Gut ist, dass der Bundesrat schon mal angekündigt hat, mit einer neuen Konzession den Auftrag der SRG zu präzisieren: Er will den Fokus auf Information, Bildung und Kultur legen.

SRF hat ohne Not und Auftrag Inhalte produziert, die von den Privaten genauso gut oder besser hergestellt werden können.

Ausserdem soll das Onlineangebot von SRF stärker auf Audio- und Videoinhalte anstelle von Texten ausgerichtet werden.

Tatsächlich ist dies das Problem: SRF hat in den letzten Jahren ohne Not und Auftrag Inhalte produziert, die von den Privaten genauso gut oder besser hergestellt werden können. Oder nichts mehr mit dem Service public zu tun haben, darunter Onlineartikel wie «Helene Fischer verletzt sich auf der Bühne». Und im

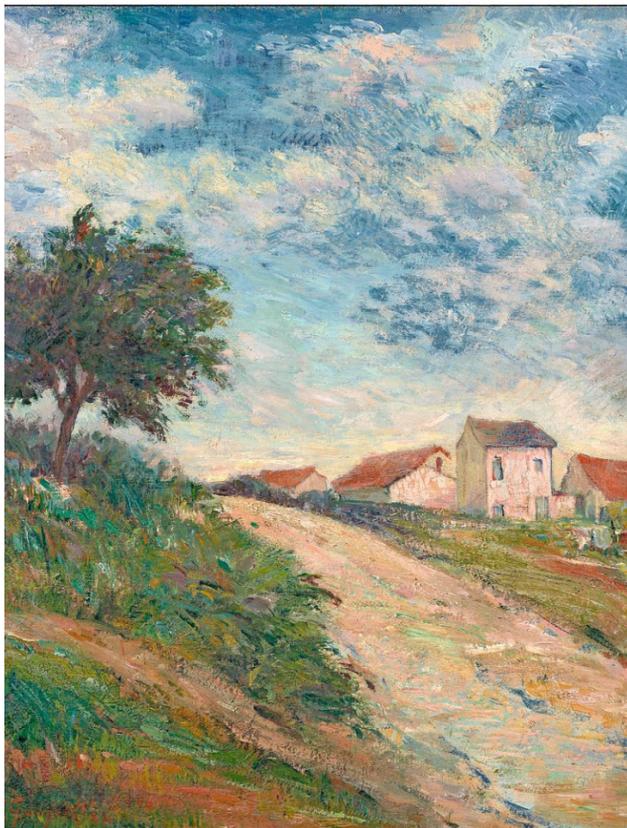
Netz entstand auf Instagram und Tiktok ein Wildwuchs an SRF-Angeboten, ohne dass damit substantiell mehr Publikum erreicht werden konnte.

Die Reduktion der Gebühren ist also eine gute Gelegenheit für die SRG, mal kräftig ihr Angebot aufzuräumen. Dazu braucht es aber auch einen klaren politischen Auftrag. Hier bleibt der Bundesrat leider widersprüchlich. So fordert er, dass die SRG sich nicht nur auf Video und Radio beschränken,

sondern sich auch auf die «neuen Nutzungsgewohnheiten des Publikums ausrichten» solle. Das ist genau das, was die SRG in den letzten Jahren gemacht hat – mit entsprechender Kostenexplosion, Niveau-Limbo und Wildwuchs im Netz.



Andreas Tobler



Wird abgehängt: «La route montante» von Paul Gauguin, 1884. Bleibt: «La sultane» von Edouard Manet, um 1871. Fotos: Sammlung E. G. Bührle

Der PR-Coup von Bührle

Die Stiftung Sammlung E. G. Bührle will vor Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse von Raphael Gross sechs Bilder abhängen. Was soll das Manöver?

Christoph Heim

Die Stiftung Sammlung E. G. Bührle will heute fünf der besten Bilder aus der Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus abhängen, die von jüdischen Kunstsammlern auf der Flucht vor dem Naziregime in der Schweiz verkauft worden waren. Ein herber Verlust für das Kunsthaus, das gute Miene zum bösen Spiel macht.

Die Stiftung will dann mit den Erben der ehemaligen Besitzer eine «faire und gerechte» Lösung gemäss Washingtoner Erklärung von 1998 finden, also eine Vergleichszahlung leisten, welche die Erben wenigstens für einen Teil des Verlustes entschädigt.

Abgehängt werden das «Porträt des Bildhauers Louis-Joseph» von Courbet, der «Jardin in Giverny» von Monet, «Georges-Henri Manuel» von Toulouse-Lautrec, «Der alte Turm» von Van Gogh, «La route montante» von Gauguin.

Für das Gemälde «La sultane» von Manet wird eine «symbolische» Lösung gesucht, es wird darum nicht abgehängt.

Dies gab die Stiftung am 14. Juni bekannt. Also zwei Wochen vor der geplanten Bekanntgabe der Ergebnisse, zu denen Raphael Gross, Schweizer Historiker und Präsident des Deutschen Historischen Museums in Berlin, nach einem Jahr Untersuchung der Sammlung Bührle gekommen ist.

Warum diese Eile bei einer Einrichtung, die sonst nicht gerade für Schnelligkeit bekannt ist? Es geht hier offenbar darum, die Kommunikation über die ans Kunsthaus ausgeliehene Sammlung an sich zu reißen. Denn im Stiftungsrat der Bührle-Stiftung gibt es seit Anfang 2024 mit Victor Schmid einen ausgewiesenen PR-Fachmann, der das Communiqué vom 14. Juni auch unterzeichnet hat. Auf einmal zeigt die Stiftung, die bisher alle Rückgabebegehren abgewiesen hat, Mitleid mit den

Vorbesitzern einiger Bilder. Allerdings, die Suche nach Erbberechtigten hätte man schon lange aufnehmen können. Die historischen Details sind durch die Provenienzforschung des ehemaligen Stiftungsdirektors Lukas Gloor seit Jahren, ja Jahrzehnten bekannt.

Die Stiftung erklärt ihren Sinneswandel mit der Washingtoner Erklärung von 2024, einer Neuformulierung der Washingtoner Grundsätze von 1998. Das erstaunt deshalb, weil diese rechtlich genauso wenig bindend ist wie die alte und sich mit ihr auch keine neue Praxis im Umgang mit Raubkunst und Fluchtgut begründen lässt.

Hat die Stiftung einen Vorteil, wenn sie Raphael Gross zuvor kommt? Am besten hat sie gepokert, wenn Gross genau dieselben Bilder zur Rückgabe empfiehlt, wie das die Stiftung nun tut. Das käme einer mindestens teilweisen Rehabilitierung der Provenienzforschung

von Gloor gleich, die von einigen Historikern als fehlerhaft bezeichnet wird. Sollte Gross mehr von jüdischen Sammlern auf der Flucht verkaufte Bilder benennen als die sechs, die von der Stiftung eruiert wurden, könnte diese sich immerhin zugeteilt halten, dass sie die Schuld quasi in Raten abstottert.

Der Haken an der Sache ist aber, dass der enorm detaillierte Leihvertrag zwischen Stiftung und Kunstgesellschaft nirgendwo vorsieht, dass die Stiftung aus eigenem Antrieb heraus Bilder in der Ausstellung abhängt. Genau genommen kann sie nur dann eine Gruppe von Bildern entfernen, wenn sie diese für eine Ausstellung in einem anderen Museum verwenden will. Dass die Bilder nun doch abgehängt werden, hat mit der Grosszügigkeit von Direktorin Ann Demeester zu tun: Sie legt den Vertrag nicht buchstäblich, sondern sinngemäss aus. Und sie verhilft damit nolens volens der Stiftung zu einem Coup.

Gastbeitrag

Ein ukrainisches Lob für die Schweiz

Die Diplomatie habe Russland erfolgreich getrotzt, schreibt ein Selenski-Berater.

Sergii Leschtschenko

Am Friedensgipfel in der Schweiz bezeichnete der Präsident meines Landes, Wolodimir Selenski, den russischen Staatschef als «Nazi Putin». Manch einer mag sagen, dass diese Analogie zu radikal erscheine. Aber nicht für die Ukrainerinnen und Ukrainer, die seit zweieinhalb Jahren unter einem unprovokierten Krieg zu leiden haben. Aus den öffentlichen Erklärungen der russischen Propagandisten auf der Flucht verkaufte Bilder hervor, dass ihr Ziel nicht nur die Besetzung von Ländern ist. Nicht nur die Zerstörung von Städten und die Tötung von Zivilisten. Ihr Ziel ist es, die Ukraine als ein Phänomen mit eigener nationaler Identität von der Weltkarte zu tilgen.

Der Aggressor ist auch nach mehr als zwei Jahren Krieg stark genug, andere Länder zu erpressen, damit sie den Gipfel ignorieren. Dies lässt erahnen, wie wichtig das Treffen in der Schweiz für die Ukraine war. 101 Länder und Organisationen kamen zusammen, um über mögliche Wege zum Frieden in der Ukraine zu beraten.

Vor dem Gipfel kündigte Putin seine Forderungen an. Es schockiert, was er verlangt. Er will, dass die Ukraine ihre Armee auf eine Grösse beschränkt, die es uns nie erlauben würde, uns selbst zu verteidigen. Er fordert zudem die Aufhebung der Sanktionen und die Rückgabe von Gebieten in der Ostukraine, die 2022 blutig befreit wurden. Oder auch jene Gebiete, die die ukrainische Armee seit zweieinhalb Jahren vor der Besetzung schützt.

Am Gipfel ging es um drei Punkte der Friedensformel von Präsident Selenski: nukleare Sicherheit, Ernährungssicherheit und die Rückkehr von Kindern und Geiseln. Die Abschlusserklärung wurde von 80 Prozent der Teilnehmenden unterzeichnet. Alle Teile der Welt waren auf dem Gipfel vertreten und unterstützten

das Abschlussdokument – Lateinamerika, Nordamerika, Afrika, der Nahe Osten und Asien, der Pazifik, Australien und Europa. Dies ist das Verdienst der Bemühungen der Schweiz als Gastgeberin und der ukrainischen Organisatoren.

Die russische Propaganda mokiert sich darüber, dass weniger als die Hälfte aller Länder, die der UNO angehören, unterzeichnet haben. Und Putin hat im Vorfeld alles getan, um den Gipfel zu stören. Deshalb ist das Zustandekommen des Gipfels ein Erfolg und ein würdiges Ergebnis der Schweizer Diplomatie.

Moskau muss nun klar geworden sein, dass es zunehmend isoliert dasteht.

Moskau muss nun klar geworden sein, dass es mit seiner Haltung, es habe das Recht, über das Schicksal der anderen zu entscheiden, zunehmend isolierter dasteht. Dies zeigen zwei weitere Ereignisse: Nur 18 von 90 eingeladenen Ländern kamen zu den gross angekündigten Brics-Sportspielen, die für Putin ein Weg aus der internationalen Isolation hätten sein sollen, und Armenien kündigte den Ausstieg aus dem gemeinsamen Militärbündnis an.

Nun geht es darum, einen umfassenden Vorschlag für einen Friedensplan auszuarbeiten. Erst wenn der steht, wird dies an Russland weitergeleitet. Es ist wichtig, dass Moskau in dieser Phase noch nicht involviert ist, damit Putin nicht in der Lage ist, diesen Prozess von innen heraus durch Erpressung und Drohungen zu stören.

Sergii Leschtschenko ist Berater des Stabschefs von Wolodimir Selenski.